

Deutscher Verkehrsband

Zentralorgan für die Interessen

der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Erscheint wöchentlich
Bezugspreis: Vierteljährlich
3 Reichsmark / Die Einzelnummer —,30 Reichsmark

Redaktion u. Exped. Berlin O 19
Mittelstraße 1. Tel.: Moritzpl.
950, 11804. / Redaktionschluss
8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 10

Berlin, den 6. März 1926

4. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage.

Wie wir der Tagespresse entnehmen (müssen!), haben die Spitzenorganisationen der freien Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände eine Denkschrift über die „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ verfaßt. Sie ist eine Antwort auf die kürzlich von uns veröffentlichte Denkschrift des Reichsverbandes deutscher Industrieller. Vor allem protestiert die Denkschrift gegen die Uebertreibung der Industriellen, die von einer „Krisenlösung der Grundlagen unserer Wirtschaft“ sprachen. Während die Denkschrift des Reichsverbandes das jährliche Volkseinkommen mit 43 bis 48 Milliarden Mark angibt, also nur mit zwei Dritteln des Vorkriegswertes, kommt die Denkschrift der freien Gewerkschaften auf Grund eingehender Berechnungen auf 32 bis 30 Milliarden, also (unter Berücksichtigung der Geldentwertung) annähernd auf die Zahlen der Vorkriegszeit. Dadurch sinkt die Steuerlast, die der Reichsverband auf 25 bis 30 Prozent des Volkseinkommens geschätzt hatte, auf 17 bis 21 Prozent in der Gewerkschaftsrechnung. Die Damesvereinbarung wird als Fortschritt gegen das Versailles-Diktat anerkannt.

Die Forderungen, die die freien Gewerkschaften zu der Finanzwirtschaft erheben, lauten im einzelnen:

Die Ausgabenverteilung der öffentlichen Körperschaften greift so tief in alle Gestaltungen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens ein, daß es nicht angängig ist, mit der Forderung nach schematischer Sparsamkeit alle notwendigen Ausgaben abzuschneiden.

Wir halten insbesondere für notwendig:

Eine ausreichende Besoldung der Beamten.
Eine angemessene Versorgung der Kriegsopter, die zurzeit noch fehlt.

Die Aufrechterhaltung und den Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen der sozialen Fürsorge.

Die Aufrechterhaltung und den Ausbau des Schulwesens unter Beteiligung der Ungünstigsten der höheren Schulen für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung.

Wir halten Ersparnisse insbesondere für möglich:

Durch Vereinfachung der Verwaltung in Richtung auf den Einheitsstaat.

Durch Befreiung der Länder von den ungerechtfertigten Abhängigkeiten an Fürsten und Fürstfamilien.

Durch Ersparnisse am Beamtenapparat der Heeres- und Marineverwaltung, Streichung des Neubaus von Kriegsschiffen wie überhaupt durch äußerste Einschränkung im Etat des Reichswirtschaftsministeriums.

Wir fordern auf Feuerlichem Gebiet unter Hinweis auf unsere früheren Vorschläge in der Schrift „Wegen des Steuernechts“ in erster Linie:

Offenlegung der Steuerlisten.

Abbau der Umsatzsteuer.

Reform des Einkommensteuertarifs zur Entlastung der untersten Stufen und schärfere steuerliche Erfassung der höheren Einkommen.

Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau.

In ganz entschiedener Weise wendet sich die Denkschrift gegen die Auffassung, daß die sozialen Abgaben überflüssig seien. Sie fordert die Schaffung der Sozialversicherung. Die Sozialversicherung ist eine Selbsthilfe der Wirtschaft, die den Schutz der lebendigen Arbeitskraft unter Entlastung des einzelnen Unternehmers und nicht zuletzt auch der öffentlichen Mittel wohlfeiler, zweckmäßiger und durchgreifender durchführt.

Die sogenannten sozialen Abgaben dienen dem Schutze der menschlichen Arbeitskraft. Wir lehnen jeden Rückschritt der Leistungen auf diesem Gebiet ab.

Wir fordern die Ausgestaltung der Leistungen der bestehenden Sozialversicherungen und vor allen Dingen schnelle Durchführung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung.

Die Kreditwirtschaft ist planmäßig, nach volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit zu betreiben. Die Reichsbank und die öffentlichen Banken müssen durch Beeinflussung der Privatbanken den Abbau der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen und eine planvolle Kreditverteilung anstreben, bei der die volkswirtschaftliche Möglichkeit in der Lenkung des Kapitalstromes mehr Berücksichtigung findet als bisher.

Die deutsche Handelspolitik muß den Abbau der Zölle wie der internationalen Zollmauern mit dem Ziel zum Freihandel verfolgen. In erster Linie sind Zölle auf Rohstoffe der industriellen Produktion und auf unentbehrliche Lebensmittel zu beseitigen. Die Handelsvertragsverhandlungen und der Abbau von Handelsverträgen sind in diesem Sinne zu fördern.

Der Schluß der Denkschrift knüpft an die Einleitung an. Dort wird auf die Notwendigkeit der Rationalisierung verwiesen, die eine Herabsetzung der Preise ermöglicht. Nur dadurch, und nicht durch Lohnhördung oder Befestigung der Soziallaster sei eine Ueberwindung der

Krise möglich. John Jahre lang seien Kapitalien falsch angelegt worden und hätten zu einem Mißverhältnis zwischen Produktionskraft und Kaufkraft geführt. Deshalb wird die Rationalisierung im kapitalistischen Sinn, die nur auf Erhaltung der Betriebe und Erzielung hoher Gewinne hinstrebt, verworfen. Zweck der Rationalisierung sei, die Lebensmöglichkeit des gesamten Volkes zu bessern und das sei nur möglich durch Steigerung des Reallohns. Es wird gesagt:

Die Rationalisierung ist notwendig. Ihr Ziel muß Verbilligung der Produktionskosten und Preise bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sein. Nur auf dem Wege über diese Steigerung der Masse Kaufkraft können die arbeitslosen Arbeiter von neuem Beschäftigung finden. Die gegenwärtig oft geübte Methode, die Rationalisierung ohne gleichzeitige Preisverbilligung und Lohnserhöhung durchzuführen, muß die Krise der Ueberproduktion erzeugen.

Die Durchführung der Rationalisierung muß unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsrate und unter Vermeidung sozialer Härten geschehen.

Im Zusammenhang damit stehen auch die Forderungen, die die Gewerkschaften gegen eine falsche Kartellpolitik richten:

Wir fordern, daß die Preispolitik der Kartelle nicht unter der irreführenden Ueberschrift der Ordnung des Marktes und der Erzielung stetiger Preise, in der Praxis ausgeübt wird auf eine ungesunde Hochhaltung der Preise und auf ihre Bemessung nach den Produktionskosten leistungsschwacher Betriebe.

Wir fordern zur Sicherung einer gesunden Kartellpolitik eine Reform des Kartellrechtes, die im Besonderen einen Ausbau der staatlichen Kartellaufsicht enthält. Die Kartellaufsicht ist in die Hand eines besonderen, zur Ueberwachung und Berichterstattung verpflichteten Kartellaufsichtsamts zu legen.

Es gibt Leute, die haben zwischen den Denkschriften der Industriellen und der Gewerkschaften eine starke Ähnlichkeit entdeckt. Die „Rote Fahne“ warnt deshalb schon in den ihr eigentümlichen Titeldrucken vor der neuen Arbeitsgemeinschaft. Wenn es keine „Rote Fahne“ gäbe, müßte man sie schleunigst erfinden. Wir denken, die Ähnlichkeit beider Denkschriften besteht eigentlich nur in diesem Wort. Wenn die „Rote Fahne“ die drohende Frage aufwirft: „Wirtschaftsprogramm oder Klassenkampf? So kann man sie auf das Konto ihres östlichen Sprachgefühls legen, das den Unterschied zwischen uns und ob er nicht kennt. Jeder aufmerksame Leser der gewerkschaftlichen Denkschrift zieht die Schlussfolgerung: Wirtschaftsprogramm und Klassenkampf. Aber schimmer ist es, wenn die „Rote Fahne“ mit kapitalistischen Hoffnungen über die Rationalisierung der Wirtschaft die gleiche Forderung der Gewerkschaften als „konterrevolutionär“ oder sonstige „verbrecherlich“ bezeichnet. Das ist „Enttäuschung“, aus der die große Enttäuschung und der lauernde Wid auf den Agitationserfolg schießt. Die Denkschrift stellt fest, daß es wirtschaftliche Klassen und damit Klassenkämpfe geben wird, „solange noch die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung besteht“. Daß man aber nach Anerkennung der Unmöglichkeit, dem Klassenkampf auszuweichen, kein Wirtschaftsprogramm braucht, daß man dem arbeitereigenen Programm der Unternehmer feins entgegengehen darf, das die Interessen der Arbeiter wahren will, ist bolschewistische Willkür — allerdings nur außerhalb Rußlands. In Rußland weiß man Wirtschaftsprogramme sehr wohl zu schätzen und schreit zu ihrer Durchführung vor keiner Rationalisierung zurück. Unmittelbar hinter einer spaltenlangen Warnung vor der Rationalisierung, die sie mit Zitaten aus dem Wirtschaftsbericht der Discontobank spielt (in denen die Erwartungen, die die Kapitalisten an die Rationalisierung knüpfen, Ausdruck finden), bringt die „Rote Fahne“ eine Meldung aus Leningrad über die Rationalisierung der Fabrikarbeit, die es ermöglichen soll, in 5 bis 6 Stunden eine Arbeitsleistung zu vollbringen, die jetzt noch 5 bis 6 Tage kostet. Wir erinnern an unsere kürzlich aus der „Raten Fahne“ gebrachte Notiz, wonach die Gummiabrik Krausjir Treugolnit ihre Produktion um 100 Proz., ihre Belegschaftsziffer um 13 Proz. erhöhen will. Das ist nicht möglich ohne scharfe Rationalisierung.

Der Wert der Denkschrift besteht nicht zuletzt darin, daß sie die Arbeiterbewegung gerade so scharf gegen die Rationalisierungsbestrebungen der Kapitalisten abgrenzt und die Arbeiter auf die mit der notwendigen vernünftigen Wirtschaftsweise zusammenhängenden Gefahren aufmerksam zu machen. Die Gefahr erkennen, ist die Vorbedingung zu ihrer Bekämpfung. Die Rationalisierung überhaupt ablehnen, hieße den fruchtlosen Kampf mit der Technik führen, die schon ganz andere Widerstände überwunden hat.

Wie leicht allerdings die Modernisierung der Betriebe einzig zum Vorteil der Unternehmer, zum Schaden

der Arbeiter und der Wirtschaft ausschlagen kann, dafür

nur ein Beispiel:

Der Braunkohlenbergbau ist meistens Tagebau. Die Kohle liegt unter einer verhältnismäßig wenig starken Sanddecke, die abgebagert wird. Der Abraum wird in Waggons verladen, um die offene Grube herumgefahren und dort, wo die Kohle bereits gewonnen wurde, wieder hineingehütet. Stellenweise hat man nun diesen Bagger mit Lokomotivbetrieb durch die Förderbrücke mit Bagger ersetzt. Die Förderbrücke geht über die ganze Breite der Grube. Auf der einen Seite wird der Abraum abgebagert, er läuft in Röhren über die Brücke ans andere Ende, wo er abgehütet wird. Außerst anschaulich wird der Vorteil der Förderbrücke durch einige Zahlen aus den Pfeiffers Braunkohlenwerken illustriert. „Kraft und Stoff“ der D.V.J. entnehmen wir folgende Aufstellung.

	III. 24		März 1925	
	Bagger mit Lokomotivbetrieb	Förderbrücke mit Bagger	Förderbrücke mit Bagger	Belegungsvergleich in Prozent
1. Betrag im Monat in cbm	78 640	96 545	—	—
2. Betrag l. b. Doppelschicht	3 145	—	—	—
3. Betrag in 1 Schicht	1 572	3 861	—	+ 145,6
4. Kopfzahl der Belegschaften	102	24	—	— 76
5. Lohn dichten	2 499	600	—	—
6. Leistung eines Arbeit. cbm	31,4	161	—	+ 413
7. Lohnsumme	10 470	2 820	—	—
8. Lohn für 1 cbm	31,3	2,9	—	— 78,2
9. Unkosten	7 914	6 136	—	—
10. Unkosten für 1 cbm	10,0	6,3	—	— 37,8
11. Gesamtkosten	18 384	8 956	—	—
12. Gesamtkosten für 1 cbm	23,3	9,2	—	— 61,4

Hier kommt der Gewinn der Rationalisierung einzig dem Kapitalisten zugute — oder hat jemand etwas von der Preisserhöhung für Braunkohle gehört? Das muß eine Warnung sein. Die Rationalisierung darf auch nicht lohndrückend oder arbeitszeitverlängernd wirken. Die Denkschrift sagt: Die Erhöhung des Lohnniveaus ist nicht nur sozial erwünscht, sondern auch als Antrieb zur Rationalisierung und als Voraussetzung der Markterweiterung für die Gesamtwirtschaft dringend notwendig. Wir fordern Ausgestaltung des Tarifsystems, des Tarifrechts und des Schlichtungswesens; gesetzliche Durchführung des Achtstundentages und Rationalisierung des Washingtoner Abkommens. Die Durchführung dieser Forderungen sollen nach unserem Willen durch die Rationalisierung gefördert, nach dem Willen der Unternehmer gehindert werden. Wie kann man da von „Nehtlichkeit“ sprechen?

Selbst in Unternehmenskreisen dämmert es. Auf der Tagung der deutschen Befehlswirtschaftsindustrie hielt der Syndikus Dr. Koppel ein Referat über die Zukunft der deutschen Befehlswirtschaft. Er schätzte Americas Wirtschaftsentwicklung und sagte dann:

„Während all dies dort vor sich ging: was geschah in Europa? Krieg! Unendliche Inflation! Wirtschaftliche Selbstzerfleischung, gleich nachschaffende Zerkürungen, aneinanderbringende Substanzverluste an Mensch, Material und Wirtschaftswerten, Erschöpfung aller Vorräte, Zerrüttung der Währungen, Spaltung von 17 neuen Staaten und damit von 5000 Kilometer neuer Grenzen, Vermehrung der Fällungen und dadurch der unproduktiven Ausgaben, Einrichtungen nationaler Industrien, auch in den neuentstandenen Staaten — auch wenn alle Vorbedingungen dafür fehlten —, infolge dessen Aufschwung neuer Zollmauern! Kurzum — in Europa geschah alles, um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber America herabzudrücken. Kein Land wollte Fertigkeit herentziehen — alle wollten sie ausüben! Und im Lande selbst erwies sich die Fertigkeit der Fabriken und die Zahl der selbständigen Wirtschaftsunternehmen gegenüber der geschwächten Aufnahmefähigkeit der eigenen Bevölkerung als viel zu groß.“

Durch die Kartellpolitik der Unternehmer; je kleiner der Umsatz, desto höher die Preise, wurden die bekannten „Folgen dieses Mißverhältnisses“ nur noch verstärkt. Mit herzerstreuender Deutlichkeit ging Dr. Koppel dann mit der Ausbeutepreis ins Gericht:

„Neben der Not der Unternehmer tritt die Not aller Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Ersparnisse im Frieden neben dem Unternehmerrginn die zweite wesentliche Quelle der Kapitalneubildung waren. Während in America Arbeiter und Angestellte eine Bezahlung erhalten, die etwa 25 Prozent über dem Existenzminimum liegt, fehlen bei uns diese 25 Prozent zur Befriedigung des Güterbedarfs. Ohne eine lohnpolitische Debatte heranzuziehen zu wollen, vertritt ich die Auffassung, daß — insbesondere in der Inflationszeit — die verarbeitende Industrie viel mehr, als geschah, ihren Einfluß hätte einleiten müssen für eine höhere Entlohnung der Arbeiter und der Lohnempfänger, die doch schließlich die Träger des Massenkonsums sind. Ich erblicke eines der schwersten Hemmnisse für den Wiederaufstieg der Konjunktur in dieser Unschönung der Kaufkraft der breiten Massen, mit deren

Schicksal die Bekleidungsindustrie auf Geduld und Ver-
duld verbunden ist. Ich kenne die Einwände, die sich
gegen meine Stellungnahme erheben lassen: Herabsetzung
der Produktionskosten, Rückblick auf den Export. Aber
noch niemals ist eine Industrie groß und blühend ge-
worden, die sich auf billige Löhne stützt. Nicht billige
Löhne sind entscheidend, sondern arbeitspartielle
Produktionsmethoden. ... Unter diesen Um-
ständen ist eine Besserung ... erst dann möglich, wenn
die Zahl der Unternehmungen, die bei Beginn der
Stabilisierung ungefähr doppelt so hoch war als vor
dem Kriege, wieder mindestens auf den Stand der Vor-
kriegszeit herabgesunken ist. ... Es hilft auch nichts,
daß jedes einzelne Unternehmen seine Produktion ein-
schränkt. Die Zeiten sind vorbei, in denen man 2000
Unternehmungen mit halber Produktion durchhalten
kann — weit eher schon 1000 mit voller oder 500 mit
doppelter Produktion! Denn entscheidend für den Kon-
kurrenzkampf und entscheidend für die Existenzberechtigung
eines Unternehmens ist seine Leistungsfähigkeit,
zum mindesten in einer kapitalistisch orientierten Wirt-
schaft, die bei dem notwendigen Abbau, nachdem sie Be-
amte, Angestellte und Arbeiter erloscht hat, nicht vor den
Unternehmern selbst haltmacht. ...

Die gewerkschaftliche Denkschrift hebt hervor, daß
die Wirtschaftsgesundung Opfer fordert. Stehen wir wie
ein Mann zusammen, Kollegen, daß unseren Arbeits-
brüdern stets die kollegiale Hilfe wird, auf die ihre
Treuere zur Organisation Anspruch hat. Nur fester Zu-
sammenhang auch in der Krisenzeit und gerade in
der Krisenzeit ist notwendig, zu verhindern, daß die Ar-
beiterklasse bei der Rationalisierung unserer rückständigen
Betriebe unter den Schlitzen kommt.

Sollte die Gewerkschaft hoch: Das ist notwendig,
heute mehr denn je.

Die Regierung will auf ihre Weise die Wirtschaft
mit Brennstoff versehen. Sie stellt der Reichsbahn
100 Millionen zur Verfügung, damit die Gesellschaft die
notigen Bauaufträge erteilen kann. Inlere Verbindungen
mit Ausland rufen immer wieder, weil Ausland schwer
zahlen kann, während Deutschland stets auf möglichst
schnelle Bezahlung drang. Jetzt soll den Exporteuren
nach Ausland eine Kreditgarantie gegeben werden. Die
Regierung stellt dafür 300 Millionen zur Verfügung. Die
ersten Abschlüsse hat der Otto-Wolff-Konzern bereits in
Höhe von 30 Millionen mit Ausland getroffen. —

Der Januar-Außenhandel war wieder aktiv. Freude
braucht man nicht heucheln: die Zahlen sprechen zu deut-
lich für die Krise in Deutschland. Der Ausfuhrüberschuss
beträgt insgesamt 68 Millionen Mark, im reimen Waren-
verkehr 87 Millionen Mark (gegen 36 Millionen Mark
im Vormonat). Es betrug die

	Einfuhr	Ausfuhr
	Jan. 26	Jan. 25
	in Millionen Mark	
Lebende Tiere	5,0	5,8
Lebensmittel und Getränke	224,4	243,7
Rohstoffe u. halbfert. Waren	378,2	406,2
Fertige Waren	99,7	103,1
Keiner Warenverkehr	707,3	757,8
Gold und Silber	26,1	7,1
Zusammen	733,4	801,4

Bausteine.

(Fortsetzung.)

Nachdem so häufig betont wurde, daß das kleinere
Deutschland seine Bevölkerung nicht ernähren kann, sollte
man denken, es könnte über die Entlastung der deutschen
Wirtschaft und des deutschen Arbeitsmarktes durch Aus-
wanderung nur eitel Freude herrschen. Aber wie vor
60 Jahren in England, piffen unsere nationalen Ratten-
fänger plötzlich auf einem anderen Loch. Immer bewegter
wurde die Klage, daß es so viele qualifizierte
Arbeitskräfte dem Wilhelm von Doorn nachmadten und
den deutschen Staub von ihren Wankstufen schüttelten.
Lange Zeit hat man dem Auswanderungsstrom wohl-
wollend zugehört, weil man glaubte, es seien vor allem
die Arbeitslosen, die sich anderswo eine Existenz
suchen wollten. Arbeitslose sind ein Element der An-
züge, ihre große Mehrzahl sieht sich aus ungelerten Ar-
beitern zusammen — also fort mit Schanden, dachten die
Wirtschaftsfreunde. Diese Spekulation hat sich inzwischen
als falsch herausgestellt. Gerade Facharbeiter ziehen es
vor, lieber in der Fremde ihre Qualitätsarbeit zu er-
proben, als in Deutschland bei den bescheiden niedrigen
Löhnen zu verdingern. „Wir wissen“, schreibt der
Ministerialrat Dr. Berger im Reichsarbeitsblatt Nr. 8,
1925, „daß Spezialarbeiter in nicht wenigen Fällen in
geschlossenen Gruppen ausgewandert sind, und daß
dauernd wieder einzelne auf Grund vor-
teilhafter oder vorteilhaft scheinender ausländischer An-
gebote auswandern.“ Interessant sind die Schlussfolgerun-
gen, die der Ministerialrat aus dieser Wahrnehmung zieht:

Immer wieder lesen wir ... die Klagen über
den zunehmenden Mangel an Facharbei-
tern. Im Baugewerbe droht dieser Mangel bereits
schlimm zu werden, aber auch in zahlreichen anderen
Berufen, insbesondere in der Metallindustrie, begegnet
er uns immer wieder. Demgegenüber melden die Be-
richte übereinstimmend einen Überfluß an un-
gelerten Kräften und eine ausgedehnte Er-
werbslosigkeit unter diesen. Wir haben also schon jetzt
ein Mißverhältnis zwischen gelerten
und ungelerten Arbeitern, und es ist be-
kanntlich eine der größten Sorgen der Arbeitsmarkt-
politik und im besonderen der Berufsberatung und
Zerstückelungsvermittlung, für die Zukunft einen hinläng-
lichen Nachwuchs an Facharbeitern sicher-
zustellen. Der Arbeitsmarkt ist eben nicht quanti-
tativ zu erfassen, Arbeitsmarktpolitik läßt sich nicht

Die reine Wareneinfuhr im Januar zeigt gegenüber
dem Vormonat eine Verminderung um 50 Millionen
Mark; zurückgegangen sind: die Lebensmitteleinfuhr um
19, die Rohstoffeinfuhr um 27 und die Fertigwareneinfuhr
um 3 Millionen Mark. Bei der Ausfuhr sind
nur unwesentliche Veränderungen festzustellen. Die Ausfuhr
an Fertigwaren liegt im Januar um ein geringes
(3 Millionen Mark) über der Ausfuhr im Dezember.
Der Rückgang des Gesamtwarenverkehrs betrug
rund 50 Millionen Mark. Das bedeutet Abnahme der
Arbeitsmöglichkeit im Januar. Im Februar scheint die
Zahl der Erwerbslosen nicht wesentlich gestiegen zu sein
— was allerdings ein sehr magerer Trost wäre.

Die betrogenen Kurzarbeiter.

Wir konnten in letzter Nummer über die Unter-
stützung für die Kurzarbeiter nur nach dem Ausschuf-
beschlüssen berichten. Jetzt aber ist klar, daß diese Kurzar-
beiterunterstützung ein großer Betrag an den Kurzar-
arbeitern ist.

Der Reichsarbeitsminister veröffentlicht in Nr. 45
des „Deutschen Reichsanzeigers“ seine Anordnung über
Kurzarbeiterfürsorge. Die Anordnung tritt am 1. März
in Kraft und gilt bis zum 1. Mai (!).

Der Geltungsbereich erstreckt sich auf Arbeiter eines
gewerblichen Betriebes im Sinne des § 106b Absatz 1
der Gewerbeordnung, in denen regelmäßig mindestens
10 Arbeiter beschäftigt werden. Unter die Kurzarbeiter-
fürsorge fallen somit: Bergwerke, Gütinen, Aufbereitungs-
anstalten, Bräue und Gruben, Hüttenwerke, Fabrikten
und Werstätten, Zimmerplätze und andere Bauhöfe,
Werften und Ziegelmens sowie Bauten aller Art, die
mindestens 10 Arbeiter beschäftigen. Wird diese Be-
schäftigungsahl nicht erreicht, dann haben die Kurzar-
arbeiter dieser Betriebe keinen Anspruch auf Unter-
stützung; es sind weiter vollständig ausgenom-
men insbesondere das gesamte Verkehrsge-
werbe, Handlungsgewerbe und Handwerk. Damit
werden über 50 Prozent aller Kurzarbeiter von der Kurzar-
arbeiterfürsorge ausgeschlossen.

Bei den Verhandlungen im Reichstage ging man
selbstverständlich davon aus, daß Anspruch auf Kurzar-
arbeiterfürsorge alle Kurzarbeiter haben sollten. Die
Vertreter der Arbeiter im Verwaltungsrat des Reichs-
amts für Arbeitsvermittlung forderten ebenfalls die
Einbeziehung aller Kurzarbeiter. Als Mindestmaß
wurde von einer großen Mehrheit des Verwaltungsrats
die Einbeziehung des Verkehrsgebietes, des
Handlungsgewerbes und aller gewerb-
lichen Betriebe, also auch des Handwerks, gefor-
dert, in denen regelmäßig mindestens fünf Arbeiter be-
schäftigt werden. Selbst dieses Mindestmaß hat der
Reichsarbeitsminister in seiner Anordnung un-
berücksichtigt gelassen.

Die Anordnung des Reichsarbeitsministers läßt voll-
ständig unberücksichtigt die Forderung des Reichstages
und des Verwaltungsrates, daß auch in den Fällen die
Kurzarbeiterfürsorge zu gewähren ist, wo die Kurzarbeit
sich auf alle Tage erstreckt und ein ungewisses Aussehen
nicht möglich ist. Das ist häufig bei den Angestellten der
Fall. Unberücksichtigt blieb auch der Mehrheitsbeschluss
des Verwaltungsrats, die Wartzeit von 8 auf 6 Tage
herabzusetzen.

Für die Geltendmachung des Anspruches auf Kurzar-
arbeiterunterstützung ist notwendig, daß der Unternehmer
dem öffentlichen Arbeitsnachweis eine Anzeige erstattet,
aus der sich ergibt, daß die Voraussetzungen für die Unter-
stützung und ihre Höhe erfüllt sind. Unterläßt der Unter-
nehmer die Anzeige, so kann sie von der Betriebsver-
tretung und, soweit eine solche nicht besteht, von jedem
Arbeiter des Betriebes erstattet werden. Die Unter-
stützung beginnt mit der Kalenderwoche, die auf den Ein-
gang der Anzeige bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis
folgt. Es ist also notwendig, sofort Anzeige erstatten zu
lassen, damit die anspruchsberechtigten Kurzarbeiter be-
reits bei Inkrafttreten der Anordnung am 1. März ihre
Unterstützung erhalten. Das ist möglich, weil nach den
Uebergangsvorschriften die Wartzeit auch vor dem In-
krafttreten der Anordnung liegen kann.

Wir müssen gestehen, daß sich so billig noch niemals
eine Regierung ein soziales Mantelchen kaufen konnte
wie die glorreiche Koalition der Zentrumsgelehrten, nicht
prononzierten Demokraten und raubritterlichen Pfeffer-
läde durch ihre sogenannte Kurzarbeiterunterstützung.
Wir können diese Anordnung des herrlichen Reichs-
arbeitsministers Stögerwaldscher Couleur nur einen Betrug
an den Kurzarbeitern nennen.

Wir protestieren auf das schärfste dagegen, daß die Kurzarbeiter im Handels- und Bergwerksgerwebe von der Unterstützung ausgeschlossen werden.

Der Deutsche Verkehrsband wird sich
gegen diese Mißachtung seiner Berufs-
angehörigen mit allen Mitteln zur Wehr
setzen.

Die „ungelernten“ Arbeiter haben es gründlich satt,
sich von einem „christlichen“ Arbeitsminister — oder war
sein Aftennotizmann der Schuldige? — als minderwertig
behandeln zu lassen. Es könnte eine Zeit kommen, wo
man selbst in einer Krise eine Aktion der „Un-
gelerten“ um ihre Arbeiterrechte und Arbeiterwürde recht
schmerzhaft empfinden würde.

So ein Minister hat es ja leicht, er erläßt eine An-
ordnung und braucht sie nicht zu begründen. Konkret wäre
die Welt zweifellos um eine epochenmachende „Erfahrung“
reicher. Wir können uns wenigstens nicht denken, daß
ein Mann mit sozialem Verantwortungsbewusstsein sich die
Theorie aus der blanken Luft gegriffen hat, daß
ein Handels- oder Bergwerksarbeiter oder ein Mann, der
zufällig nicht in einem Betrieb mit einer mehr als zehn-
köpfigen Belegschaft arbeitet, der Unterstützung weniger
bedürftig ist, als ein Schlosser oder Tischler aus einem
11 Mann starken Betrieb. Diese Abgrenzung ist sozial
so sinnlos, daß hinter ihr ein tiefes sozialistisches Ge-
heimnis stehen muß — vorausgesetzt, daß man sich über-
haupt etwas dabei dachte.

Welleicht ist der Herr Minister plötzlich Ritscheaner
geworden: Was wankt, soll man noch höher. Die Auf-
fassung gewinnt in arbeiterfeindlichen Kreisen ja immer
mehr Boden, in jenen Kreisen, die über den Untergang
der Welt jammern, wenn ein Betrieb mit Inflations-
einrichtungen anfängt zu wanken.

Am 26. tritt der Verwaltungsrat des Reichsamts für
Arbeitsvermittlung zusammen. Wir hoffen, daß er mit
dem Herrn Brauns ein kräftiges Wort reden wird.

durch Addition und Subtraktion betreiben, sondern der
Arbeitsmarkt ist ein Organismus, der das Vor-
handensein der verschiedenen Organe in angemessener
Zahl und Größe und ihr Zusammenwirken erfordert.
Dabei stellen die gelerten, die Facharbeiter, die hoch-
qualifizierten Kräfte gemäßermaßen die edleren Organe
dar, deren Fehlen oder Verjagen den Organismus
mehr oder weniger lähmt. Man kann nicht beliebig
viele ungelernete Arbeiter ansetzen, wenn man nicht
die genügende Zahl von Fachkräften zur Verfügung
hat. Das Fehlen, die Auswanderung der
Fachkräfte bedeutet also nicht etwa mehr
Arbeitsgelegenheit für die übrige
Arbeitserschaft, sondern im allgemeinen
Verringerung der Arbeitsgelegenheit,
vermehrte Arbeitslosigkeit. Dieses
Ergebnis mag überraschen, aber es besteht zu Recht. Ein
wirtschaftlicher Organismus, der unter Erwerbslosig-
keit leidet und seine Facharbeiter ans Ausland ab-
gibt, ähnelt einem Schiff, das in Seenot ist, aber statt
des Ballastes Spanten und Planken preisgibt, die es
zusammenhalten.

Dr. Berger stellt fest, daß der Arbeitsmarkt durch
Auswanderung nicht entlastet wird, andere Leute sind
zum gleichen Resultat gekommen (Prof. Ernst Mahaim,
Lüttich, auf dem Sozialpolitischen Kongress in Prag
1924) — was ist zu tun? Dr. Berger meint in seinem
Artikel:

Einer übermäßigen Auswanderung entgegen-
wirken, ist sehr schwer. Verbote kommen nicht in
Frage. Sie würden sich weder mit der Reichsver-
fassung noch mit den geltenden politischen und wirt-
schaftlichen Anschauungen vertragen und außerdem
leiblich auf dem Papier stehen.

Herr Regierungsrat Max Benda glaubt den Aus-
weg aus der Zwangslage gefunden zu haben. Er fragt
in der „Sozialen Praxis“ Nr. 15, vom 9. April 1925,
ob nicht die Auswanderung, wenn auch in begrenztem
Maße, beeinflusst werden könnte. Kann man
nicht solche ungewisse Kräfte zur Aus-
wanderung geradezu anrufen und ihnen gleichzeitig
die Wege zur Auswanderung ebnen?

Dr. Berger hat festgestellt, daß Intellektuelle und
ungelernte Arbeiter draußen zuerst und mit ziemlicher
Gewißheit unter die Räder kommen. Herr Benda möchte
aber gerade diese Kräfte ins Ausland verschicken und
gleichzeitig die Auswanderung qualifizierter
Arbeiter verhindern. Angestellten und Arbeitern,
die heute nicht auswandern wollen, velleicht auch nicht

wollen, weil sie nicht können, soll der „Weg geebnet“
werden: „Man wird ihnen die notwendige Aus-
rüstung zur Verfügung stellen, Reisekosten an der
Art und den etwa für die Einreise vorgeschriebenen Geld-
betrag erforderlichenfalls vorkrediten (!), zurückbleibende
Angedörte für die Uebergangszeit unterstützen und
ähnliches mehr.“

Benda hofft, daß vor allem Jugendliche, auch
wenn sie in Arbeit stehen, der Verlockung, eine unent-
geltliche Reise machen zu können, unterliegen werden.
Wir hoffen nur, daß sie scheitern, ehe sie der Massstrom
des Elends ins Ausland erfasst hat, in die Heimat zu-
rückkehren. Wir können uns sogar vorstellen, daß sich
unternehmungslustige Jugendliche Herrn Benda zum
weiten Mal für die Entlastung des Arbeitsmarktes zur
Verfügung stellen werden. Aber auch oberheute wird
Benda ein alterhand Knäpfe kochen. Wie will er das
Geld aufbringen? Nichts leichter als das, befehlt uns
Herr Benda:

Man wird ... der deutschen Wirtschaft nicht zu-
muten können, die Lasten auf sich zu nehmen, die mit
einer Förderung der Auswanderung in den angebe-
deten Richtungen verknüpft sind, denn sie wird velleicht
niemals die Früchte dieser Aufwendungen ernten —
wenn auch damit gerechnet werden darf, daß gerade
von den jüngeren Auswanderern mancher nach Jahr
und Tag wieder in die Heimat zurückkehrt und mit er-
weiterten Kenntnissen und gemeitem Geschäftskreis
nunmehr eine wertvollere Kraft auf dem Arbeitsmarkt
darstellt als bei seinem Fortzuge. Die notwendigen
Mittel müßten vielmehr aus einer besonderen
finanziellen Belastung derer gewonnen
werden, die ohne un Arbeitslosigkeit be-
droht zu sein, oder ohne sonstigen zwin-
genden Grund auszuwandern. Damit wäre die
Möglichkeit gegeben, ohne die Auswanderung in diesen
Fällen geradezu zu verhindern, doch ein gewisses Hem-
mungsmoment einzuführen, das der Erhaltung der
für den deutschen Arbeitsmarkt benötigten Fachkräfte
zugute kommen würde. Man würde also auf
diesem Wege gleichzeitig die Auswanderung von
Kräften fördern, die den Arbeitsmarkt belasten, und
die Auswandererentzeng derer hemmen, die der Arbeits-
markt benötigt.

Nun sage noch einer, daß wir es in den letzten sechs
Jahren nicht herrlich weit gebracht haben. Man
lese oben nach, was Herr Potter aus Manchester 1863
schrieb und vergleiche es mit dem, was der Regierungsrat
der deutschen Republik Herr Benda 1925 in der So-

Vereinfachung der Lohnsteuer.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte von vornherein das Verfahren zur Erstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer als zu schwierig und zu kompliziert bezeichnet und auf Verringerung gedrängt. Sie hatte dann auch einen entsprechenden Antrag gestellt. Nun hat der Reichstag einen ähnlichen Antrag angenommen. Das Gesetz legt Sonderleistungen und Werbefolien zu einem Pauschbetrag von 40 M. monatlich zusammen. Diese Regelung gilt für das Kalenderjahr 1927.

Von größerer Bedeutung ist die Vereinfachung des Rückstattungsverfahrens.

Bisher wurde der Erstattungsbetrag auf Grund genauer Ermittlung des verdienten Lohnes und der gezahlten Steuer in jedem Falle besonders berechnet, und zwar entsprechend den drei im vergangenen Jahr in Geltung gewesenen Bestimmungen auf dreierlei Art. Künftig ist nur noch eine Erstattungsberechnung erforderlich und diese Berechnung erfolgt nicht mehr für jeden Fall besonders, sondern an Hand von Pauschbeträgen, die keine Rücksicht auf die Höhe des Lohnes nehmen und nur nach dem Familienstand des Steuerpflichtigen abgestuft sind. Für jede volle Woche des Verdienstausfalls wird erstattet:

- a) bei einem ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer ein Betrag von 2 RM.,
- b) bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern ein Betrag von 2,50 RM.,
- c) bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern ein Betrag von 3 RM.

Hierbei werden 8 volle Stunden einem Tag, 6 volle Tage einer Woche und 4 volle Wochen einem Monat gleichgestellt. Für den Familienstand ist der Stand vom 10. Oktober 1925 maßgebend.

Die Vorteile dieser neuen Bestimmungen sind: 1. Der Arbeiter braucht keine Bescheinigung mehr über die Höhe des verdienten Lohnes; 2. er braucht nur noch eine Bescheinigung über die gezahlte Steuer; 3. er braucht nur noch eine Bescheinigung über die Dauer des Verdienstausfalls. Eine weitere Erleichterung besteht darin, daß als Nachweis des Verdienstausfalls bei Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, bei Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrollkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge, des Arbeitgeberbes, insbesondere aber des Berufsverbandes anerkannt wird. Dagegen hat sich nicht vermeiden lassen, daß die vierteljährlichen Erstattungen befristet werden, so daß künftig nur noch Anträge für das ganze Jahr gestellt werden können.

Das Gesetz tritt mit dem Tage, der auf seine Verkündung im Reichsgesetzblatt folgt, in Kraft. Die Frist für die Anträge für 1927 ist bis zum 30. April 1926 verlängert worden. Die neuen Vorschriften gelten nicht für die Erstattungen, die bereits bei dem Inkrafttreten des Gesetzes zu entschädigen waren.

ziales Proxi (o Ironie) niederlegte. Mit einem wahren Zwangsbewußtsein will er die dem Konkurrenzkampf im Ausland nicht gemachten Deutschen abhelfen und den Auswanderungslustigen durch eine angelegentlich der Kosten des Wendischen Planes wahrheitsgemäß hohe Steuer die Flucht aus dem geliebten Vaterland unmöglich machen. Wir wollen keine Schlussfolgerung auf Herrn Wendas soziale Gesinnung ziehen, weil er uns nur dem Namen nach bekannt ist. Bestenfalls ist aber sein Vorstoß eine Angelegenheit. Auch seine Logik läßt zu wünschen übrig. Die Kräfte, die er durch sein Auswanderungsverbot an Deutschlands Schicksal fesseln will, sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt, lies für die Wirtschaft notwendig. Aber die Kosten für die Fesselung soll nicht die Wirtschaft tragen, die Vorteile davon hat, sondern die Gesellschaft, die benachteiligt werden. Herr Wendas muß uns schon verzeihen — zwischen ihm und Herrn Koller ist nur eine ganz kleine Differenz und diese Differenz ist die verfassungsmäßige Freizügigkeit, die der Herr Reichspräsident den deutschen Auswanderungslustigen abrauben möchte durch eine Steuer, die sie selbst tragen sollen. Klingt es schon paradox, so hat es doch Weisheit.

Wir haben in Wendas Ausführungen vor dem letzten zitierten Satz einige Worte durch Punkte ersetzt, aber wir wollen sie nicht unterschlagen. Er spricht dort von den „von Berger vorgeschlagenen indirekten Gegenmitteln gegen die Auswanderung dieser (qualifizierten) Kräfte“, die er durch seinen Vorstoß zu ergänzen glaubt. Was sagt Berger? Er verlangt Aufklärung der oft gestäubten Auswanderungslustigen über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ihres mehr oder minder freiwillig gewählten neuen Vaterlandes. Den Auswanderungsagenten und den Arbeitsvermittlern nach dem Ausland soll stärker auf die Finger gesehen werden. Das sind Forderungen, gegen die nichts einzuwenden ist, denn wir wollen durchaus nicht der plan- und losposten Auswanderung das Wort reden, sondern wenden uns nur gegen die verdeckte oder offene Beschränkung der Freizügigkeit. Aber Berger führt mit Recht weiter aus: „Zu lösen ist das Auswanderungsproblem damit natürlich nicht. Ein ungesundes Ansehen der deutschen Auswanderung und insbesondere die Abwanderung der dringend notwendigen Facharbeiter wird nur dann nicht eintreten, wenn die Lebensverhältnisse des deutschen Arbeiters in der Heimat gut genug sind, um den Anreiz der Ferne nicht übermächtig werden zu lassen.“

Hic Rhodos, hic salta! — Hier ist der springende Punkt. (Fortsetzung folgt)

Aus unserem Berufe

Hafenarbeiter.

Unfallgefahren im Hamburger Hafen. Dem „Hamburger Echo“ entnehmen wir folgende Zuschrift: Der Hafen ist die Hauptlebensader Hamburgs. Der Hafenarbeiter müßt sich tagaus, tagein bei Wind und Wetter, seine Arbeit zu verrichten und trägt damit zum Wohle der Gesamtwirtschaft sein Teil bei. Und wie wird ihm das gelohnt? Sind Wind und Wetter — und wer kennt nicht das Hamburger Wetter — schon geeignet, ihn an seiner Gesundheit zu schädigen, wieviel mehr nicht erst die Art der Arbeit.

Schon bevor der Arbeiter zu seiner Arbeitsstelle gelangt, ist er von Gefahren umgeben. Wer hat es sich einmal angesehen, wenn vor Beginn der Arbeit von den Pontons am Baumwall und den Vorjochen die Dampfer und Barkassen die Hafenarbeiter an die Arbeitsstelle befördern? Die Fahrzeuge sind überladen, liegen tief zu Wasser, nehmen Spritzer über, durch die die Arbeiter zum Teil durchnäßt werden, um dann den Tag über in den nassen Kleidern zu arbeiten und das im Winter. Hat die Hafenpolizei hierfür ein Auge? Obgleich es in den Unfallverhütungsvorschriften einen § 68 gibt, der besagt, daß eine größere Anzahl Personen, als an den Wasserverkehrsmitteln vermerkt ist, nicht an Bord genommen werden darf, wird hierauf kaum Rücksicht genommen.

Und nun an Bord bei der Arbeit. Eine Reihe von Paragrafen der Unfallverhütungsvorschriften sollen das Risiko der Hafenarbeit verringern; aber sie stehen zum großen Teil nur auf dem Papier. Die Hafeninspektion ist anscheinend nicht in der Lage, dafür zu sorgen, daß auch nur halbwegs nach ihnen gearbeitet wird. Wir müssen verlangen, daß die Hafeninspektion mit mehr Macht ausgerüstet wird, so daß sie, falls ihren Anordnungen nicht sofort Folge geleistet wird, die Arbeit stoppen kann, bevor ein Unfall passiert. Aber damit allein ist es noch nicht getan. Wir können im Augenblick nicht feststellen, wieviel Schiffe im letzten Jahre von ihr überholt sind, bezweifeln aber, daß dies in genügendem Maße möglich war, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1925 den Hamburger Hafen 13 250 Schiffe angelassen haben. Hierzu kommen noch die Frachtschiffe, und zwar sind angekommen von der Oberelbe 14 090 und von der Niederelbe 7640. Unser Zweifel muß als berechtigt gelten, weil der Hafeninspektion normalerweise für das ganze Hafengebiet nur 2 Dampfbarkassen zur Verfügung stehen. Falls eine davon in Reparatur ist, wird keine Aufsicht gemietet, sondern es läuft eben nur eine Barkasse. Alle Bemühungen, hier Wandel zu schaffen, waren bisher ohne Erfolg. Die Sipo dagegen hat 3 neue Barkassen erhalten.

Aber nicht alle Unfälle sind auf die Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften und deren mangelhafte Kontrolle zurückzuführen, sondern noch andere Momente spielen eine Rolle. Hier sei nur auf ein zum Teil unsinniges Arbeiten und auf das Uebersehenwerden hingewiesen.

Wir sind nicht gegen intensive Arbeit, aber es müssen ihre Grenzen gelehrt werden, die in der Eigenart der Hafenarbeit begründet liegen. Jahrelang wurde in Wort und Schrift behauptet, im Hafen würde im Vergleich zur Vorkriegszeit nicht genügend gelehrt. Wenn diese Einprüche jetzt verstummt sind, so ist das erklärlich, wenn wir feststellen, daß heute in 8 Stunden weit mehr geleistet wird als vor dem Kriege in 9 Stunden. Nur ein Beispiel dafür: Vor dem Kriege wurden rund 2000 Saad Palmkerne gefüllt in 9 Stunden, jetzt — 3000 Saad in 8 Stunden. Ist es da zuviel gesagt, von unnützigem Arbeiten zu reden? Diese fehzehprozentige Mehrleistung kann nur auf Kosten von Leben und Gesundheit der Hafenarbeiter erreicht werden.

Und nun noch kurz das Uebersehenwerden. Hierdurch wird nicht nur die Allgemeinheit geschädigt, sondern auch der einzelne Hafenarbeiter. Ist die Hafenarbeit an und für sich schon mit großer Gefahr verbunden, so wird diese Gefahr noch erhöht, wenn die Arbeit von übermüdeten Arbeitern ausgeführt wird. Wer die schwere Hafenarbeit 8 Stunden geleistet hat, ist physisch nicht mehr in der Lage, noch mal 8 Stunden zu arbeiten, ohne sich und seine Mitarbeiter zu gefährden. Wir möchten der Hafeninspektion den Rat geben, einmal festzustellen, wie viele von den Unfallverletzten über 8 Stunden gearbeitet haben.

Damit sind die Ursachen der Unfälle im Hafen natürlich noch lange nicht erschöpft; wir wollen es aber vorläufig mit diesen Hinweisen bewenden lassen. Nützlich aber ist es, die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, weil die Anzahl der Unfälle noch häufig steigt. Einige Zahlen mögen es beweisen:

Jahr	Leichte Unfälle	Schwere Unfälle	Darunter tödlich	Zusammen
1918	3094	151	51	3245
1919	339	29	3	418
1920	926	69	9	995
1921	1845	119	18	1964
1922	2667	188	29	2855
1923	3676	195	31	3871
1924	5309	350	16	5675
1925	5835	531	27	6366

Die Jahre 1919 und 1920 können zum Vergleich noch nicht herangezogen werden, da sie vom Kriege beeinflusst sind; sie sind nur der Vollständigkeit halber mit vermerkt worden. Aber die Steigerungen von 1921 bis 1925 sprechen doch Bände und verpflichten uns, Stellung zu nehmen. Wir erheben warnend und mahnend unsere Stimme sowohl den Unternehmern als auch den Arbeitnehmern gegenüber: Wacht auf die Unfallverhütungsvorschriften, unterläßt alles, was die Unfallgefahren erhöht, bedenkt immer wieder, daß die Unfallverletzten einen Paßposten in unserer Wirtschaft darstellen. Die Vagerei-Berufsgenossenschaft aber wolle sich der Ausführenden- und Strafbestimmungen erinnern, nach denen

die Genossenschaftsmitglieder bis zu 1000 M. und die Versicherten bis zu 6 M. bestraft werden können, wenn sie den Unfallverhütungsvorschriften zuwiderhandeln. Aber auch daran soll erinnert werden, daß der Genossenschaftsvorstand berechtigt ist, auf Antrag über den Eintritt eines größeren Betriebsunfalles abgewendet oder zur Rettung Verunglückter beigetragen haben, Prämien bis zur Höhe von 100 M. zu gewähren.

Nur wenn alles zusammenarbeitet, wird es möglich sein, von der erschreckenden Höhe der Hafenunfällen herunter zu kommen. Wir müssen in erster Linie versuchen, Unfälle zu verhüten.

Um die Unfälle im Hafen wirkungsvoller bekämpfen zu können, hatten wir uns an den Hafenbetriebsverein gewandt mit dem Ersuchen, uns hierzu zu unterstützen. Der Hafenbetriebsverein ist diesem Ersuchen nachgekommen, indem er in einem Rundschreiben seine Mitglieder auf die hohen Unfallziffern hinweist und sie darauf aufmerksam macht, daß die Mitglieder des Hafenbetriebsrates in ihrem Betreiben, Unfälle zu verhüten, unterstützt werden müssen. Nicht des Hafenbetriebsrates ist es nun, für strikte Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen, indem die Organe der Hafeninspektion unterstützt und die eigenen Arbeitkollegen auf die Vorschriften hingewiesen und angehalten werden, danach zu arbeiten.

Restlos werden Unfälle sich leider nicht vermeiden lassen. Es wurden aber immer wieder berechtigte Klagen laut, daß die erste Hilfe und der Abtransport der Unfallverletzten sehr viel zu wünschen übrig läßt. Immer wieder hat darum der Deutsche Verkehrsbund gefordert, daß hier Abhilfe geschaffen werden möchte. Seit einigen Wochen nun ist es hierin auch etwas besser geworden. Es ist eine Barkasse in Dienst gestellt worden, deren ausschließliche Aufgabe es ist, in den Dienst für Unfallverletzte gestellt zu werden. Sie führt den Namen „Polizeiabteilung“ und hat ihren Liegeplatz am Lottenshöft. Sie führt außer dem nötigen Verbandzeug einen Sauerstoffapparat und 2 Krankenträger. Letztere sind in einem Kabinenaufbau untergebracht, dessen Vorderwand heruntergeklappt werden kann. Die Bedienungsmannschaft steht unter Führung des Herrn Polizeioberleutnant Haak. Sie kann telefonisch unter Vulkan 6135 erreicht werden. Es meldet sich die Zentrale am Reichertai, die dann das Nötige veranlaßt.

So begrüßenswert diese Einrichtung ist, kann sie unsern Anforderungen aber noch nicht genügen. Als Begründung führen wir an:

- 1. daß das Sanitätspersonal nur von morgens 8 Uhr bis abends 10 Uhr amnest ist. Während der Nachtstunden — und im Hafen wird viel Gebrauch von der Nacharbeit gemacht — kann diese Hilfe also nicht sofort geleistet werden;
- 2. daß die Liegestelle der Barkasse nicht mit drahtloser Telephonie ausgerüstet ist. Besonders zu Winterzeiten ist eine Verbindung von den im Strom liegenden Schiffen mit dem Lande fast nicht herzustellen. Ueberdies kann man, falls an den Raikuppen nicht gearbeitet wird, nicht an die Telephonautomaten heran kommen;
- 3. daß keine Dampfbarke zu diesem Zweck in Dienst gestellt ist, da die jetzige zu Eiszeiten ihren Zweck nicht erfüllen kann und gerade zu Winterzeiten der rasche Abtransport der Unfallverletzten am notwendigsten ist.

Zimmerhin ist es ein Anfang, und es wäre zu wünschen, daß die maßgebenden Stellen sich mit der wirtschaftlichen Organisation der Hafenarbeiter, dem Deutschen Verkehrsbund, in Verbindung setzen würden, damit in gegenseitiger Arbeit etwas Gutes für den Hamburger Welthafen geschaffen wird.

Aus dem Verkehrsleben.

Eisenbahn und Auto. In den Vereinigten Staaten sehen kühne Phantasten und angelegentlich sogar etliche pessimistische Eisenbahnbesitzer den Kampf zwischen Auto und Eisenbahn bereits endgültig zugunsten des Autos entschieden. Das kommt daher, weil die Amerikaner mit einer wahren wirtschaftlichen Tollkühnheit jeder Neuerung Raum zur Entwicklung geben, die Chancen hat, reichliche Prozente abzuwerfen.

So ist der technisch-wirtschaftliche Kreislauf der Automobilbenutzung dort bereits mehrfach durchorganisiert. Gemäß haben dort die besonderen Verhältnisse eine solche grundführende Umstellung erleichtert. Das Gebiet der Vereinigten Staaten ist 13mal so groß wie Deutschland und hat nur knapp doppelt so viel Einwohner, die also mit ihren rund 20 Millionen Autos noch Raum haben, sich zu bewegen. Besäße in Deutschland, wie in den Vereinigten Staaten jeder fünfte Einwohner ein Auto, so fände, gesetzt, daß man sich alle Autos unterwegs und gleichmäßig verteilt dächte, alle 11 Meter ein Auto auf den Straßen und Chaussees, während auf den 5 Millionen Kilometern Straßen in den Vereinigten Staaten jedes Auto im gleichen Falle 250 Meter Spielraum hätte.

Zudem hat man es in Amerika verstanden — wie schon angedeutet — den Kreislauf der „Automobilkultur“ vollendet auszubauen. Die amerikanische Autobetriebsstoffsteuer wird in vollem Umfang zum Straßenbau verwandt. Da nun der Betriebsstoffverbrauch fast mathematisch genau der tatsächlichen Straßen- und -abnutzung durch die Autos entspricht, ist die Möglichkeit gewährleistet, mit ihrer Hilfe den Zustand der Automobilstraßen dauernd auf der Höhe zu erhalten und auch die Amortisation des Ursprungsaufwandes und der Kosten für Neuanlagen zu sichern.

Am weitesten im Hintertreffen steht von den großen Ländern Europas hinsichtlich der Nutzung der Verkehrs-möglichkeiten, die das Auto bietet, Deutschland, das Land der gründlichsten Automobilwissenschaft und der geschultesten Motorenbauer. — Mitte 1925 kam in Deutschland erst auf 244 Einwohner ein Auto, in der Schweiz auf 130, in Frankreich auf 71, in Schweden auf 86, in

Der Bundesbeitrag für die 11. Woche

(7. bis 13. März 1926) ist fällig.

Schon kommen die Ausbeuter wieder zu sich, Kollegen. Der größte Ansturm gegen unsere Organisation scheint vorüber zu sein. Wer in solchem Augenblick untrun wird, hat umsonst gelebt. Deshalb vergeht nicht, Kollegen, der effte Wochenbeitrag ist in richtiger Höhe sofort zu entrichten.

England auf 60 — Ueber die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit des enormen Zollschutzes, mit Hilfe dessen in Deutschland die Unwirtschaftlichkeit der Erzeugungsmethoden geklärt wird, ist kaum noch ein Wort zu verlieren. Mit Nachdruck aber muß darauf hingewiesen werden, wie verkehrt die Politik ist, mit der in Deutschland mit einer in Europa (außer vielleicht in der Schweiz, wo die Eisenbahnen beziehungsweise auch Staatsbahnen sind) beispiellosen Hartnäckigkeit die Eisenbahn, ehemals das liebste, weil meistverdienende Kind des Staates, den Schutz der Gelehrgebung gegen die Konkurrenz des Autos, insbesondere der regelmäßigen Automobillinien anruft.

In den Vereinigten Staaten, Frankreich, England, Italien hat man längst erkannt, daß die einzige Lösung und zugleich eine höchst fruchtbar Lösung des Konkurrenzkampfes zwischen Auto und Eisenbahn darin liegt, ein möglichst enges Zusammenarbeiten herbeizuführen, und zwar sowohl für den Personen- wie für den Güterverkehr. In den genannten Staaten hat man auf solche Weise nicht nur jeglichen wesentlichen Verkehrsverlust, sondern eine ganz erhebliche Belebung und Deconomisierung des Verkehrs auf beiden Seiten erzielt. Die regelmäßigen Automobillinien dienen auf Strecken, auf denen sich selbständige Eisenbahnverbindungen nicht rentieren würden, als Fracht- und Personenzubringer und haben so zusaßbedürftige Nebenstellen der Eisenbahnen bereits in rentable Autolinien sich verwandeln lassen.

Es ist hoch an der Zeit, aus dem Kampf Eisenbahn gegen Auto eine Gemeinschaft werden zu lassen. Der Einwand, daß nun einmal in Deutschland die Dinge so liegen, daß effektiv das Auto ein Beißer der oberen Zehntausend bleiben werde, wird hinfällig, wenn man bedenkt, in welcher außerordentlichem Maße die Ausgestaltung der Autoomnibuslinien über ihren gegenwärtigen Zustand hinaus zur Lösung des drückenden Wohn- und Siedlungsproblems der Industriebevölkerung beitragen könnte.

Dom 4. bis zum 17. März hat sich jeder Kollege in die Liste zum Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten einzutragen.

Bundesübersicht.

Seelente. Vor dem Tariffchiedsgericht für die Seeschifffahrt wurden im Jahre 1925 284 Klagen anhängig gemacht. Hierbei waren 506 Seelente als Kläger beteiligt. Diese erzielten durch 129 günstige Urteile und 41 Vergleichs insgesamt 41.192,52 M. In 41 Fällen wurde ein für den Kläger ungünstiges Urteil erzielt und 4 Klagen von den Klägern zurückgezogen.

Unter den Klagen befanden sich 6 Feststellungsfragen, in denen über die Ausgestaltung einzelner Tarifbestimmungen entschieden wurde. Von diesen sind 5 zugunsten der Kläger und 1 ungünstig entschieden worden.

Im Vordergrund stehen die Klagen wegen Heuer und Ueberludungsgeld, Verpflegungsgeld bei ambulanten Behandlung und um Schadenertrag wegen Entlassung entgegen § 41 des Mantelvertrages.

Diese vor dem Tariffchiedsgericht erstrittenen Summen bedeuten einen beachtenswerten Erfolg. Trotzdem bilden sie nur einen kleinen Auschnitt. Weit höher sind die Summen, die durch direkte Verhandlungen mit den einzelnen Reedereien erzielt worden sind. Wenn die Reedereien sich ohne Urteil zur Zahlung bereit fanden, so deshalb, weil auf günstige Urteile des Tariffchiedsgerichtes in ähnlichen Fällen hingewiesen werden konnte.

Winnenschiefer. Im November 1925 lehnte das bayerische Sozialministerium die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsprüchs ab, durch den die in der Donauschiffahrt beschäftigten Kollegen eine 10prozentige Lohnzulage erhielten. Die Ablehnung scheint der Reederei „Bayrischer Lloyd“ Mut eingegeben zu haben, und so kündigte sie den bestehenden Tarifvertrag mit der ausgesprochenen Absicht, die ihr genehm erscheinenden „Wänderungen“ durchzusetzen. Die Einheit und Geschlossenheit des gesamten Schiffspersonals haben einen dicken Strich durch die Rechnung des Bayrischen Loyds gemacht.

Die am 31. Januar und 1. Februar in Berlin abgehaltene Jahreskonferenz der Mitgliedschaft Binnen-schiffer und Wasserbau-ersonal der Elbe, Oder und Märkischen

Wasserstraßen erledigte in voller Einmütigkeit eine Anzahl organisatorischer Fragen. Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen berichtete der Kollege Schulz. Nachdem ruhiger, stabiler Verhältnisse eingetreten sind, wird es von Wert sein, die Kampfergebnisse seit 1918 zu betrachten:

1914 betrug die Arbeitszeit 21 Stunden, die Jahrgelt 11 Stunden, kein Sonntag, Arbeiter auf Land in allen Fällen unbeschäftigt, bei Krankheit keine Fortzahlung des Lohnes, Urlaub nichts, Effektenversicherung nichts, Lohn:	1926 8 Stunden, 14 bis 16 Stunden, Sonntag oder freier Tag, Arbeiten nur auf Schiffen im gleichen Hafenboden, Lohnzahlung 1 bis 5 Wochen, bei Unfall bis 13 Wochen, 5 bis 10 Tage, 200 bis 500 Mark,
---	--

Seemanns Elbe 28.—, Mark, 38 Mark, Steigerung 26 Prozent, Oder 23,5 bis 24,7 Mark, 36 Mark, Steigerung 46—23 Proz.

Insgesamt betrachtet, bedeuten die heutigen Lohn- und Arbeitsbedingungen einen bedeutenden Fortschritt und einen Erfolg des organisierten Kampfes. — Die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes bewies, daß sämtliche Funktionäre das volle Vertrauen der Mitgliedschaft besitzen.

Allgemeines.

„Konterrevolutionäre Klaffereien.“ Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat nach dem Abschluß des XIV. russischen Parteikongresses einen „Informationsbrief an alle Bundesparteien“ geschrieben, in dem sie vor der weiteren Disziplinierung der in Moskau ohnein entliebenen Probleme gewarnt werden und ihnen die richtige Deutung der Moskauer Beschlüsse mitgeteilt wird. Dieser Brief, den die Berliner Rote Fahne vom 19. Januar und die Pariser Humanität vom 23. Januar in vollem Wortlaute veröffentlichten, enthält unter anderem eine Aufklärung von außerordentlicher Bedeutung.

Wie bekannt, ist das große Problem der gewerkschaftlichen Einheitsfront in der Frage verankert, ob die russischen Gewerkschaften bereit sind, der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale beizutreten oder nicht. Der Internationale Gewerkschaftskongress in Wien im Juni 1924 hat seinem Bureau den Auftrag gegeben, „seine Bemühungen fortzusetzen, um die Einverleibung der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des IGB in die internationale Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen“. Der Ausschuß des IGB hat nun im Februar 1925 beschlossen, und am 5. Dezember 1925 seinen Befehl zu erneuern, „dem all-russischen Gewerkschaftsrat mitzuteilen, daß der IGB sich bereit erklärt, den all-russischen Gewerkschaftsrat zuzulassen, wenn dieser Wunsch geäußert wird“.

Nachdem im Interesse des Einheitsfrontmandats, vor allem den Engländern, immer wieder eingezureden versucht worden ist, daß Tomski durchaus geneigt sei, über den Anschluß der russischen Gewerkschaften an Amsterdam zu verhandeln, kommt nun die endgültige und unabweisende Antwort in dieser Frage aus Moskau. In dem Informationsbrief heißt es wörtlich:

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Union der Sowjet-Republiken weist auf das entscheidendste alle konterrevolutionären Klaffereien über den angeblich beabsichtigten Anschluß der Gewerkschaften der Sowjetunion an die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale oder den Anschluß der Sowjetunion an den Völkerverbund zurück.“

Dieser „Informationsbrief“ wurde mit Zustimmung Tomskis verfaßt, und damit ist wirklich allen Klaffereien, daß die Amsterdamer die Einheitsfront sabotierten, ein Ende bereitet.

Briefkasten.

Paul Wachsmuth in Dresden. Wir haben in den letzten Jahren wegen Raummangel nicht einmal Statistiken über die deutsche Gewerkschaftsbewegung gebracht. Es liegt wirklich keine Ursache vor, der russischen Statistik eine Ausnahmestellung einzuräumen — um so weniger, als die offiziellen Statistiken Rußlands in der ganzen Welt ebenso berühmt sind wie einst die amerikanischen Wirtschaftsablen, die als die unquerlässigsten der ganzen Welt galten. Wenn es z. B. in Deiner „Arb“-Statistik heißt, daß 139 685 Wasserwerksarbeiter organisiert sind, dann ist der Schwindel so offensichtlich, daß wir Dir ein wenig mehr Sinn für Kritik wünschen. Den Russen geht es in ihrer Gewerkschaftsstatistik wie einst den Holländern auf Java, von denen Multatuli sagte, sie hätten durch ihre Statistik das Kunststück fertiggebracht, zu beweisen, daß auf Java „mehr Reis da ist, als Reis da ist“. Einmal sind die Russen dieser Methode bereits überführt worden. Sojowski und auch andere haben für 1923 die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder mit 6 857 000 an, während nach der amtlichen Statistik in ganz Rußland nur 6 402 000 Angestellte, Arbeiter, Händler und Handwerker gezählt worden waren. Hedrigens liegt vor uns die erste Nummer des russischen „Gewerkschaftlichen Bulletin“, dort wurden die von einer Lohnstatistik erfaßten 920 000 Personen als „54 Prozent aller Industriearbeiter“ bezeichnet. Demnach gibt es in Rußland 1,7 Millionen Industriearbeiter, während nach Deiner Statistik, die mit der des „Gew.-Bull.“ übereinstimmt, 3 363 761 Industriearbeiter gewerkschaftlich organisiert sind.

Technisch liegt es mit der Lohnstatistik. Nach Deiner Aufstellung betrug im September 1925 der halbjährliche Durchschnittslohn 49 Rubel und zum Schluß lagst Du, daß seien 95 Prozent der Vorkriegslöhne. Der Wochenlohn beträgt demnach heute etwa 45 M., und das sollen 95 Prozent der Vorkriegslöhne sein? In Wirklichkeit wären die gegenwärtigen 45 M. gut 100 Prozent mehr als in der Friedenszeit. Aber solchen Glauben finden wir nicht einmal in Israel, höchstens bei deutschen Kommunisten. Vor dem Kriege reiste Hertzog, Besitzer einer

optischen Anstalt in Petersburg, extra nach Deutschland, um einen Feinmechaniker für besondere Leistungen anzuwerben. In ganz Rußland war diese Spezialarbeit noch nicht gemacht worden und selbst bei der großen deutschen Firma Goetz gab es kaum ein Duzend Leute, die die Arbeit leisten konnten. Einem solchen Arbeiter, der Werkmeister zweier Abteilungen (Nischen-schleifen und -Pressen) werden sollte, wurde ein Stundenlohn von 75 Pfg. (175 M. im Monat) geboten, wobei Hertzog hervorhob, daß das ein geradezu riesiger Lohn sei. Und heute sollten die 98 Rubel oder 200 M. monatlich 95 Prozent der Vorkriegslöhne sein? Geh doch, Wachsmuthchen — wir knüpfen doch beide die Hufe nicht mehr hinten zu. Wie es mit den Löhnen in Rußland aussieht, erhellt aus der amtlichen Feststellung der Minimallöhne. Diese sind für Januar-März 1925 je nach dem Wirtschaftsgebiet auf 7 bis 10 Rubel (etwa 15 bis 21,60 M.) im Monat festgelegt worden. Das läßt alle Leute, die nicht blindlings auf Moskau schwören, tief bliden . . .

Lieber Kollege Wachsmuth, wir schreiben diese Zeilen, um Dir zu sagen, daß wir unseren kommunistisch besangenen Mitgliedern nicht den Mund verbinden wollen, daß wir aber den „Verkehrsband“ vor dem Verfall bewahren wollen, freiwillige Kellame für russische Schwindelstatistiken zu machen.

Schramm, Berlin, und andere Inrentwege. Weil wir den Kommunisten weh getan haben sollen, erklärte Herr Schramm seinen Austritt aus der Organisation. Schramm gibt sich also als überzeugungstreuer Kommunist. Sie lägen, Herr Schramm: ein Kommunist tritt nicht aus. Sie wählten diese Fosse nur, um vor Ihren Arbeitskollegen bestehen zu können. Sie sind auch gar nicht ausgetreten, Sie konnten nicht austreten, denn Sie waren schon seit drei Monaten kein Mitglied mehr. Sie sind ein ganz gewöhnlicher beitragsflüchtiger Geselle, denn Ihr Buch weist aus, daß Sie der Organisation schon 1923 die Treue brachen und erst wieder eintraten, als die Organisation Ihnen durch 51 beitragsfreie Marken einen Anspruch auf alte Rechte gewährte.

So auch jemand sagt, Kollegen, ich trete aus, weil der „Verkehrsband“ die Kommunisten (diese unschuldigen Kindlein) angegriffen hat, so prüft sein Buch nach.

Im übrigen ist es unsere Aufgabe, die Organisation gegen alle Angriffe zu verteidigen, und wenn jemand unsere Abwehr gegen die KPD. unangenehm empfindet, so fragen wir ihn, was er bisher getan hat, die kommunistischen Zeitungen und Bogen von ihrem Verleumdungselbstzug gegen uns abzubringen. Will er das nicht, gibt er der KPD. das Recht, in die Angelegenheiten der Gewerkschaften jeden Tag, jede Stunde hineinzu-pfuschen. Gibt er den bolschewistischen Agenten das Recht, die Gewerkschaften zu beludeln und wehrt er uns das Recht der Verteidigung, dann beweist er, daß er den Parteibefehlen untersteht und in erster Linie Kommunist und nur a l s s o l c h e r Mitglied einer Gewerkschaft ist. Dann nehmen wir uns, die wir Gewerkschafter und erst als solche Sozialdemokraten sind, das Recht, das Kind beim richtigen Namen zu nennen. Still-schweigen heißt nämlich anerkennen.

Und auch: Wenn die KPD. wieder einmal eine Aktion gegen den „Verkehrsband“ organisiert, dann muß sie dafür sorgen, daß nicht alle Beschwerdeführer auf einmal kommen. Sonst merkt man den Pferdesuß.

Vorbereitung zum Volksentscheid.

Der Volksentscheid ist in Vorbereitung, und nun gilt es, die Funktionäre der Gewerkschaften und Partei mit der nicht nur umfangreichen, sondern auch sehr komplizierten Materie, die dem kommenden Volksentscheid zugrunde liegt, vertraut zu machen. Zu diesem Zwecke gibt die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine circa 70 Seiten umfassende Broschüre mit dem Titel heraus: „Fünftausendfragen? Ein Lebenszug zum Volksentscheid“, die an die Organisationsmitglieder zum Preise von 50 Pfennig und bei Massenbezug zu noch günstigeren Bedingungen abgegeben wird. Das Material ist von einem Genossen bearbeitet, der nach der Umwälzung zwei Jahre lang im Preussischen Finanzministerium bei der Auseinandersetzung des Preussischen Staates und Wilhelm II. mittätig gewesen ist und im besonderen an der Liquidation der Hofverwaltung mitgearbeitet hat. Das in dieser Broschüre zusammengetragene Material wird den Funktionären für die Vorbereitung des Volksentscheids in Hülle und Fülle Kampfergumente an die Hand geben.

Bekanntmachungen des Bundesvorstandes.

Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Halle a. d. S.: Erich Wolf, Haupt-Nr. 1 951 960, eingetreteten 6. 8. 1923.

In Dranienburg: Willi Spding, Hpt.-Nr. 2 211 150, eingetreteten 26. 4. 1920.

In Solingen: Heinrich Witz, Hpt.-Nr. 2 320 516, eingetreteten 18. 9. 1921.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an den Unterzeichneten einzuliefern.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 17 Ziffer 8a und b der Bundesstatuten:

In Breslau: Georg Standke, Hpt.-Nr. 144 473.

In Gelsenkirchen: Bernhard Briele, Hpt.-Nr. 1 888 191, Paul Jallin, Hpt.-Nr. 1 887 978; Hermann Haber, Hpt.-Nr. A 888 235.

Der Vorstand.

Oswald Schumann, Berlin SO 16, Michelfeldstraße 1.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Lindow, Berlin SO, Bergstraße 1. Leiter: G. m. b. H. Druck: Maurer & Dinnig, Berlin, Köpenicker Str. 26/28.